



Arbeitszeit: Experten für Reduktion

Druck auf Vollzeit ist nicht sinnvoll, sagen Forscher. Sie empfehlen eine verkürzte tägliche Arbeitszeit anstatt einer Vier-Tage-Woche.

Wien – Immer mehr Menschen möchten in Österreich Teilzeit arbeiten. Die Debatte über Teilzeit versus Vollzeit lässt die Wogen in der Politik und der Sozialpartnerschaft regelmäßig hochgehen. Forscherinnen und Forscher der Universität Graz sowie der Wirtschaftsuniversität Wien (WU) warnen vor einem Druck in Richtung Vollzeitarbeit und plädieren für „vollzeitnahe Teilzeit“. Dabei sei eine tägliche Reduktion der Arbeitszeit besser als eine Vier-Tage-Woche. „Kürzere Arbeitszeiten reduzieren Belastungen und beugen krankheitsbedingten Ausfällen vor“, sagte Nora Dornis von der WU Wien.

„Aus Sicht der Arbeitsforschung seien Maßnahmen nötig, damit Teilzeitbeschäftigte tatsächlich länger und in vollzeitnaher Teilzeit arbeiten können, ohne Druck in Richtung Vollzeit auszuüben, sagte Stadler. Erreicht werden könnte das durch den Ausbau der Kinderbetreuung, eine gerechtere Aufteilung von Betreuungs- und Sorgearbeit zwischen den Eltern sowie durch flexiblere Arbeitszeitmodelle in den Unternehmen.“

Mehr Zeit durch Arbeitszeitverkürzung zu haben nutze neben der Gesundheit auch dem Klima. „Auch aus Zeitmangel greifen wir im Alltag eher zum hochverarbeiteten Fertigprodukt als saisonal zu kochen, kaufen eher neu als Altes zu reparieren und fliegen mit dem Flugzeug in den Urlaub statt den Zug zu nehmen“, sagte Dornis. (APA)

Da Sorgearbeit für Kinder oder Ältere jeden Tag anfallt, bringe eine tägliche Verkürzung der Erwerbsarbeit mehr, als wenn die Arbeitszeit auf vier lange Tage zusammengepfercht werde, sagte auch die Soziologin Bettina Stadler, die an der Universität Graz zu Arbeit und Gender forscht, am Donnerstag bei einem Pressegespräch. Arbeiterkammer, Gewerkschaft und SPÖ pochen schon seit Längerem auf eine Vier-Tage-Woche.

Stadler verwies auf Umfragen, wonach jede fünfte Frau, die aktuell weniger als 20 Stunden arbeitet, eigentlich aufstocken möchte. „Wenn Menschen nur 5 oder 10 Stunden pro Woche arbeiten, werden sie ebenso zu den Teilzeitbeschäftigten gerechnet wie Arbeitnehmer:innen, die 35 Stunden pro Wo-



„Vollzeitnahes“ Arbeiten halten Experten für wünschenswert. iStock/pixelfiff

Klima-Aktion legte Flughafen Frankfurt lahm

Mit einer Klebeaktion auf den Landebahnen haben Klima-Demonstranten den Betrieb am Frankfurter Flughafen für Stunden lahmgelegt. Passagiere mussten Geduld aufbringen, denn in den Terminals bildeten sich lange Warteschlangen. Laut Flughafenbetreiber Fraport wurden mindestens rund 170 der 1400 für Donnerstag geplanten Flüge annulliert. Die insgesamt acht Aktivisten seien gegen 5 Uhr auf das eingezäunte Gelände vorgedrungen, berichtet die Bundespolizei. Während ein Mensch am Zaun hängengeblieben

war, konnten sieben Personen am frühen Morgen in den Sicherheitsbereich vordringen und sich an den Köpfen der beiden zentralen Start- und Landebahnen festkleben. Wie schon am Mittwoch nach ähnlichen Aktionen in Köln/Bonn, London oder Oslo bekannte sich die Gruppe „Letzte Generation“ zu der Attacke. „Die weitere Förderung und Verbrennung von Öl, Gas und Kohle ist eine Bedrohung unserer Existenz“, erklärte sie auf der Plattform X. Die Forderung: Raus aus den Fossilien bis 2030. Fotos: Roland/AFP

Scheitert Milliardär-Steuer?

Die G20-Staaten feilen an Steuerplänen – wohl ohne globale Mindeststeuer für Superreiche.



In Rio treffen einander die Finanzminister der G20. Foto: APA/AFP/P. Porciuncula

Rio de Janeiro – Die Finanzminister der 20 führenden Industrie- und Schwellenländer (G20) arbeiten bei ihrem Treffen in Rio de Janeiro an einer Erklärung zur Steuerpolitik. Die vom brasilianischen Gastgeber angestrebte Mindeststeuer für Milliardäre ist aber weiterhin umstritten. In dem Papier wird laut Insider eine progressive Besteuerung gefordert, nicht aber explizit die Milliardärsteuer.

Die Erklärung solle die Forderung enthalten, stärker gegen Steuervermeidung Superreicher zusammenzuarbeiten. Dafür sollten mehr Informationen und Praktiken untereinander ausgetauscht werden.

Brasilien hat sich den Kampf gegen die zunehmende Ungleichheit auf die Fahnen der diesjährigen G20-Präsidentschaft geschrieben. Kritiker monieren allerdings, dass Superreiche in dem südamerikanischen Land so gut wie keine Steuern zahlen und dies nun über internationale Abkommen geändert werden solle.

Einer Studie zufolge könnten durch die neue Steuer jährlich 250 Mrd. Dollar (umgerechnet 230,46 Mrd. Euro) zusammenkommen. Die 2700 Milliardäre auf der Welt besitzen ein Vermögen von insgesamt fast 13 Billionen Dollar (umgerechnet knapp 12.000 Mrd. Euro).

Als Unterstützer der brasilianischen Pläne gelten unter anderem Frankreich, Spanien, Kolumbien und Südafrika. Deutschland steht im G20-Kreis aber auf der Bremse. Auch die USA sind skeptisch.

Die meisten Länder der Welt hatten sich vor einigen Jahren nach mühsamen Verhandlungen auf eine Reform des Steuersystems verständigt – mit einer globalen Mindeststeuer für große Unternehmen und einer geänderten Verteilung der Steuereinnahmen besonders profitabler Weltkonzerne. Die Umsetzung stockt allerdings, sodass es offen ist, ob die Reform am Ende wirklich kommt. (APA, Reuters, AFP)

Nach Milliardenverlust baut Deutsche Bahn 30.000 Jobs ab

Berlin – Nach neuen Milliardenverlusten will die Deutsche Bahn (DB) mit Stellenstreichungen und Ausgabenkürzungen aus den roten Zahlen kommen. Nicht nur die Gleise müssten saniert, sondern auch die Güterbahn und der Personenverkehr wieder profitabel werden, erklärte der Staatskonzern am Donnerstag. Im

ersten Halbjahr fuhr der deutsche Staatskonzern unterm Strich einen Verlust von 1,2 Mrd. Euro ein. Teure Streiks und weniger Passagiere waren Gründe.

Es gehe über fünf Jahre um 30.000 Stellen, die in erster Linie in der Verwaltung gekürzt würden. Allein heuer sollen dort 1500 Arbeitsplätze wegfallen. An anderer Stelle

könnten aber neue Jobs entstehen, Betriebspersonal etwa werde weiter gesucht. Insgesamt hat die Deutsche Bahn rund 211.000 Beschäftigte in Deutschland. Die Bahn verlor Millionen Passagiere, viele stiegen aufs Auto um.

Der deutsche Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) zeigte sich angesichts der Verluste besorgt. (APA, dpa)



Ein Fehler in einem Software-Update hatte am vergangenen Freitag weltweit Microsoft-Computer lahmgelegt – und viele Flughäfen. Foto: AFP/Fallon

IT-Panne kann 1,4 Mrd. kosten

London, Austin – Die weltweiten Computer-Ausfälle durch eine Update-Panne bei der IT-Sicherheitsfirma CrowdStrike könnten die Versicherer nach ersten Schätzungen bis zu 1,4 Mrd. Euro kosten. Auf diese Maximalsumme schätzen spezialisierte Analysten die versicherten Schäden. CrowdStrike bedankte sich indes gestern bei überarbeiteten IT-Experten mit einem Zehn-Dollar-Gutschein. (APA, Reuters, dpa)

Börsen-Ticker

INDIZES			WÄHRUNGEN			ROHSTOFFE		
▼ Dow Jones	40159.8	Pkt. -0.49%	▼ EURUSD	1.08378	USD -0.11%	▲ HEIZÖL (Abnahme von 2.000 Litern am 25.07.2024)	114,74	EUR +0.00%
▼ S&P 500	5482.59	Pkt. -1.33%	▲ EURCAD	1.49677	CAD +0.07%	▼ GOLD	2363.3	USD -2.19%
▼ ATX	3633.53	Pkt. -1.25%	▲ EURAUD	1.64865	AUD +0.47%	▼ SILBER	27.815	USD -5.07%
▼ DAX Index	18170.5	Pkt. -1.19%	▼ EURCHF	0.95927	CHF -0.83%	▼ KUPFER	4.0980	USD -0.27%
▼ Nasdaq 100	19329.9	Pkt. -2.2%	▼ EURGBP	0.84025	GBP -0.08%	▼ WTI	76.35	USD -1.66%
▼ Hang Seng Index	17005	Pkt. -1.8%	▼ EURJPY	166.808	JPY -1.31%	▼ NATGAS	2.074	USD -2.03%